

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Schulte (Menden), Tatge und der Fraktion DIE GRÜNEN

Beteiligung der Bundesregierung an der Erkundung von Schweizer Granitvorkommen als Endlagerstätte für Atommüll

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist es nach Auffassung der Bundesregierung denkbar oder zu erwarten, daß die Atommüll-Endlagerung in Granit Sicherheitsvorteile gegenüber einer Atommüll-Endlagerung in Salzlagerstätten bietet?

Falls nein, aus welchen Gründen beteiligt sich die Bundesregierung an der Erforschung von Granitvorkommen im Schweizer Grimselgebiet zum Zwecke der Atommüll-Endlagerung?

Falls ja, welches sind die nachgewiesenen oder denkbaren Sicherheitsvorteile der Graniteinlagerung gegenüber der Salzstockeinlagerung?

2. Schließt die Bundesregierung die Möglichkeit aus, deutschen Atommüll in die Schweiz zur Endlagerung zu bringen?

a) Falls ja, warum gibt sie dann 11,5 Mio. DM dafür aus, obwohl bekannt ist, daß die geologischen Verhältnisse im Grimselgebiet mit keinem Granitvorkommen in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar sind?

b) Falls nein, gibt es hinsichtlich der Verbringung von Atommüll Vereinbarungen mit der Schweiz? Um welche Vereinbarungen mit der Schweiz handelt es sich im einzelnen? Erwartet die Bundesregierung Verständnis bei der Schweizer Bevölkerung hinsichtlich einer möglichen Abwälzung des bundesdeutschen Atommüllproblems in ihr Land?

3. Kann die Beteiligung an der Granitforschung im Grimselgebiet als Hinweis dafür gewertet werden, daß die Bundesregierung eine Atommüllablagerung auch in deutschen Granitgebieten, insbesondere im Schwarzwald oder der Oberpfalz, nicht ausschließt?

4. Ist beabsichtigt, die für den Schwarzwald geplante Tiefbohrung bezüglich Aufgabenstellung und Auswertung mit den Arbeiten in der Schweiz zu koordinieren?

5. Wie weit reichen die von der Schweizer „Nagra“ seismogeologisch untersuchten Gebiete an der Grenze in den Schwarzwald hinein?
6. Welche Regionen in der Bundesrepublik Deutschland kommen als potentielle Granitendlagerstätten für Atommüll in Frage?

Bonn, den 17. Februar 1986

Schulte (Menden)

Tatge

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion